

Montag, 14.01.2002

Verlags-Service • Leser • Anzeigen • On

online
**STUTTGARTER
 NACHRICHTEN**

Studentenabo: 30% sparen!

Home

STN heute

Themen des Tages

STN Artikel suchen

Aus der Zeitung vom

Mo 14.01.

Stichwortsuche

Go

Stuttgart

Region Stuttgart

Landesnachrichten

Seite 1

Politik

► Hintergrund

Wirtschaft

Panorama

Kultur

Sport

News

Was Wann Wo


Märkte

Computer

Verlags-Service

Hintergrund

Artikel aus den
 Stuttgarter Nachrichten
 vom 10.01.2002

[ Drucken »][ Versenden »]

[<<< zurück]

Funkstille im Streit um verstrahlte Soldaten

Erkrankte Bundeswehrtechniker demonstrieren für großzügige Entschädigung

Berlin/Stuttgart - Mit einer Mahnwache wollen sie ihn empfangen - vor seinem Ministerium, mit Fackeln, einem Kondolenzbuch und einer Tafel mit allen Namen der Verstorbenen. Und sie wollen ihren Dienstherren Rudolf Scharping beim Wort nehmen, dass er die Radaropfer der Bundeswehr tatsächlich entschädigt.

VON CLAUDIA LEPPING

Im Streit um die Versorgung der vermutlich röntgenverstrahlten Radartechniker der Bundeswehr herrscht Funkstille zwischen Ministerium und Betroffenen. Der Bund der Radargeschädigten brach den Kontakt ab. "Wir müssen davon ausgehen, dass seitens der Bundeswehr kein weiterer Dialog mit uns gewünscht wird", sagt der selbst an Krebs erkrankte Vorsitzende Peter Rasch.

Viele der Radarsoldaten kämpfen seit fast zehn Jahren um die Anerkennung ihrer Leiden als Berufskrankheit. Mit der Mahn- und Totenwache am 24. und 25. Januar vor dem Verteidigungsministerium im Berliner Bendorferblock wollen die Radarsoldaten die ihrer Ansicht nach offensichtliche Verschleppungstaktik des Ministeriums anprangern. Der Minister selbst hatte Ende Juni noch eine "großherzige und außergerichtliche Lösung" angekündigt.

Seitdem stieg die Zahl der Versorgungsanträge von 400 auf mehr als 1500. Scharping berief einen Sonderbeauftragten zur erneuten Einzelfallprüfung. Der bedauert nun in seiner Zwischenbilanz, dass er wegen der "umfangreichen und komplizierten Erhebungen" erst 240 Anträge bearbeiten konnte. In fünf Fällen habe er erkennen können, dass die bei Radar entstehende Röntgenstrahlung tatsächlich schädlich war. In allen anderen Fällen, so der Sonderbeauftragte Ulrich Birkenhoyer, sei die Strahlung zu gering gewesen. Der Bundeswehrverband - die "Gewerkschaft" der Soldaten - fordert inzwischen die Ablösung Birkenheyers.

Tatsächlich übernahm die Bundeswehr selbst die seit 1960 geltende Strahlenschutzverordnung erst 1990 in ihre Zentrale Dienstvorschrift. Zwar waren die ersten Messstellen 1981 eingerichtet worden. Damals, so die Radartechniker, seien jedoch die meisten der umstrittenen Radaranlagen nicht mehr in Betrieb gewesen. Deshalb lägen heute keine konkreten Dosismessungen vor. Die Nato hatte dem Ministerium 1978 mitgeteilt, dass an einer deutschen Hawk-Anlage eine Röntgenstrahlung von 600 Microsievert/Stunde gemessen worden seien. Jene Werte von 240 Microsievert, die das Ministerium heute zur Bewertung

Die

Wel
Wa:
tren

[Wi

Bild

Aus
Win

[Me

tref

Die
Bec
Rac
Fuß
200

[Wi

Onl

Für
Zug

[Ihr

Inte

[Hc

Ste

Ste
Der

heranzieht, stammen ebenfalls aus den achtziger Jahren. Die heute 50- bis 60-jährigen zumeist krebserkrankten Techniker hatten in den 60er und 70er Jahren Radaranlagen zu justieren - und zu reparieren.

Aktualisiert: 11.01.2002, 05:33 Uhr

[[News](#) | [STN heute](#) | [Was Wann Wo](#) | [Märkte](#) | [Computer](#)]

© 2002 Stuttgarter Nachrichten online, Stuttgart Internet Regional GmbH | [Leserbrief schreiben](#)

Ste
Der
Wei
Im
Go

WA
Bac
im I
Su